

Beiträge im Rahmen des Werkstattgesprächs Arbeit am Bericht: Konzepte, Methoden, Daten am Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI) an der Universität Göttingen am 16./17. September 2010

Teilhabe als Leitkonzept für Sozialberichterstattung?

Dr. Peter Bartelheimer (SOFI, Göttingen)

Wie lassen sich Möglichkeiten erfassen? Zur Operationalisierung des Capability-Ansatzes von Amartya Sen

Dr. Ortrud Leßmann (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg)

Ein Index der menschlichen Entwicklung auf Haushaltsebene

Prof. Dr. Stephan Klasen (Georg-August-Universität Göttingen)

Die Stiglitz-Kommission – Konsequenzen und Folgen für die amtliche Statistik in Deutschland und Europa

Ulrich Spörel (Statistisches Bundesamt, Wiesbaden)

Jenseits des BIP – Ein Vorschlag für einen Nationalen Wohlfahrtsindex

Prof. Dr. Hans Diefenbacher (Forschungsstätte der evangelischen Studiengemeinschaft (FEST))/ Roland Zieschank (Freie Universität Berlin, Forschungsstelle für Umweltpolitik)

Nationale Produktionsmodelle und/oder soziale Produktionssysteme – für einen topographischen Zugang zum gesellschaftlichen Umbruch

PD Dr. Jürgen Kädtler (SOFI, Göttingen)

Gesellschaftlicher Umbruch als Erosion und Innovation – Projektionen und Modelle

Dr. Thomas Drosdowski/Dr. Marc-Ingo Wolter (Gesellschaft für Wirtschaftliche Struktur-forschung, Osnabrück)

Kontinuität oder Bruch? Sozioökonomische Entwicklungen angesichts der ökonomisch-ökologischen Doppelkrise

Prof. Dr. Klaus Dörre (Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Stand und Perspektiven des Forschungsdatenzentrums des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB-FDZ) sowie des BIBB-Betriebspanels zu Qualifizierung und Kompetenzentwicklung

Dr. Holger Alda (Bundesinstitut für Berufsbildung, Forschungsdatenzentrum [BIBB-FDZ], Bonn)

Voraussetzungen und Potentiale der sekundäranalytischen Nutzung von Betriebs- und Organisationsdaten

Prof. Dr. Stefan Liebig (Universität Bielefeld)

Neue Entwicklungen beim Datenangebot des Forschungsdatenzentrums der Bundesagentur für Arbeit

Dr. Peter Jacobebbinghaus (Forschungszentrum der BA im IAB, Nürnberg)

Das Nationale Bildungspanel – Überblick und Schwerpunkte im Bereich beruflicher Bildung

Prof. Dr. Wolfgang Ludwig-Mayerhofer (Universität Siegen, NEPS)

Das Beziehungs- und Familienentwicklungspanel pairfam: Konzept, Design und Instrumente

Dr. Daniel Fuß (Technische Universität Chemnitz, Pairfam)

Gesundheitsbezogene Mikrodaten und deren Zugangsmöglichkeiten im FDZ des Statistischen Bundesamtes

Patrizia Lugert (Statistisches Bundesamt, Forschungsdatenzentrum, Wiesbaden)

Teilhabe als Leitkonzept für Sozialberichterstattung?

Dr. Peter Bartelheimer (SOFI, Göttingen)

Sozialberichterstattung braucht für gesellschaftliche Entwicklungen einen individuellen Maßstab. Im deutschen politischen Diskurs hat sich Teilhabe in den letzten Jahren als Chiffre für eine allgemein geteilte Zielgröße sozialstaatlicher Politik durchgesetzt. Teilhabe scheint deshalb normativ so konsensfähig, weil ihr Bedeutungsgehalt unbestimmt ist. Was im politischen Diskurs von Vorteil ist, begrenzt die wissenschaftliche Bezugnahme auf Teilhabennormen. Sozialberichterstattung benötigt geklärte Begriffe individueller Wohlfahrt und gesellschaftlicher Wohlfahrtproduktion. Der Beitrag geht der Frage nach, ob sich Teilhabe als Leitbegriff für Sozialberichterstattung eignet.

Kann soziale Ungleichheit als ungleiche Teilhabe begriffen werden? Lässt sich Wohlfahrt als Teilhabe bestimmen, und wie verhält sich eine solche Gegenstandsdefinition zu den Konzepten der Lebenslage und der Verwirklichungschancen, an denen sich Sozialberichterstattung derzeit orientiert? Zentrale Fragen sind hier:

- die Unterscheidung von Aktivitäten und Beziehungen, die Teilhabe vermitteln, und materiellen Teilhabeergebnissen,
- die Kombination von Teilhabeformen zu mehrdimensional bestimmten Teilhabemodi,
- die Unterscheidung von Ressourcen und realisierter Lebensführung,
- die Orientierung auf Chancen und Wahlmöglichkeiten, aus der sich die Anforderung ergibt, kontrafaktische Informationen zu berücksichtigen,
- die Anwendung von Wohlfahrtsmaßen auf Lebensverläufe.

Und können typische gesellschaftliche Teilhabemodi zur Bestimmung kollektiver sozialer Lagen dienen? Wesentlich ist hier:

- Individualisierung, die Vielfalt ermöglicht, von sozialstrukturell verursachter Ungleichheit zu unterscheiden, die nach sozialstaatlicher Intervention verlangt,
- gesellschaftliche Regime danach zu bestimmen, wie viele Ressourcen sie für Teilhabe bereitstellen und in welcher Form sie dies tun,
- gesellschaftliche „Zonen“ beschreiben zu können, in denen in spezifischen Teilhabemodi unterschiedliche Teilhabeniveaus realisiert werden.

Schließlich: Welche Anforderungen ergeben sich aus diesen Überlegungen für eine „teilhabeorientierte“ Sozialberichterstattung?

Wie lassen sich Möglichkeiten erfassen? Zur Operationalisierung des Capability-Ansatzes

Dr. Ortrud Leßmann (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, (o.lessmann@hsu-hh.de))

Die Frage, ob der Capability-Ansatz überhaupt operationalisierbar ist, wurde von Beginn an und wird bis heute diskutiert. Gegenüber gängigen wohlfahrtsökonomischen Ansätzen unterscheidet sich der Capability-Ansatz durch zwei Charakteristika: Zum einen ist er multidimensional und beschränkt sich nicht auf eine Messung des individuellen Wohlergehens in Geldeinheiten. Zum anderen hebt er die Bedeutung der Wahlfreiheit für das menschliche Wohlergehen hervor und modelliert die Wahlfreiheit in Form einer Auswahlmenge (capability set).

Diesen Schwierigkeiten für die Operationalisierung zum Trotz gibt es inzwischen eine Fülle von empirischen Studien auf der Grundlage des Capability Ansatzes. Die überwiegende Zahl arbeitet mit vorhandenen Daten aus Befragungen und beschränkt sich auf die multidimensionale Erfassung des Wohlergehens. Dies allein ist schwierig, weil dafür geklärt werden muss, welche Dimensionen relevant sind. Um Verwirklichungschancen (capabilities) zu erfassen, die auch nicht-realisierte Möglichkeiten enthalten, muss zusätzlich das Problem gelöst werden, wie sich diese erheben lassen. Grundsätzlich gibt es zwei Strategien, um diesem Aspekt gerecht zu werden: entweder durch ausgefeilte Methoden (wie strukturelle Gleichungssysteme) oder durch gezielte Erfragung des Möglichkeitsaspekts.

Der Beitrag vermittelt einen Überblick sowohl über die Kriterien zur Auswahl der Dimensionen als auch über die verschiedenen Studien, die entweder als Sekundärstudien die erste Strategie verfolgen oder als Primärstudien die zweite Strategie.

Der Beitrag ist im Rahmen des Projekts GeNECA (Gerechte Nachhaltige Entwicklung auf der Grundlage des Capability Ansatzes, <http://www.geneca.ufz.de/>) entstanden.

Ein Index der menschlichen Entwicklung auf Haushaltsebene

Prof. Dr. Stephan Klasen (Georg-August-Universität Göttingen)

Am von den UN verwendeten Index der menschlichen Entwicklung (Human Development Index, UNDP) wird immer wieder kritisiert, dass er Entwicklung nur als Durchschnitt betrachte und nicht die Ungleichheit innerhalb eines Landes oder einer Bevölkerung berücksichtigt. Der Beitrag stellt eine Methode vor, den Index der menschlichen Entwicklung auf Haushaltsebene zu berechnen. Damit kann dann Ungleichheit in menschlicher Entwicklung zwischen Gruppen berechnet und analysiert werden. Grundlage des Vortrags ist ein Diskussionspapier (Harttgen, Kenneth / Klasen, Stephan: A household-based Human Development Index, Göttingen 2010), in dem die Methode auf 15 Entwicklungsländer angewandt wird. Im Vortrag wird auch darauf eingegangen, inwiefern die Methode auf Industrieländer anwendbar wäre.

Der Bericht der Stiglitz-Kommission

Inhalt und Konsequenzen für die amtliche Statistik in Deutschland und Europa

Ulrich Spörel (Statistisches Bundesamt, Wiesbaden)

Am 14. September 2009 legte die vom französischen Staatspräsidenten einberufene Kommission unter der Leitung des Wirtschaftsnobelpreisträgers Joseph E. Stiglitz ihren Bericht zur Messung der wirtschaftlichen Leistung und des sozialen Fortschritts der Öffentlichkeit vor. Der Bericht enthält zwölf Empfehlungen zur Erweiterung einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen statistischen Berichterstattung, die über die reine Betrachtung der BIP-Wachstumsrate hinausgeht („beyond GDP“). Ungewöhnlich für ein Gutachten zum Thema Statistik stieß der Bericht der Stiglitz-Kommission auf ein großes Echo nicht nur innerhalb der Fachöffentlichkeit, sondern auch bei hohen Repräsentanten der Politik.

In dem Vortrag werden die Empfehlungen der Kommission zu den drei Bereichen

- Wirtschaftsindikatoren
- Messung der Lebensqualität und
- Nachhaltige Entwicklung

zusammenfassend dargestellt. Es werden die Reaktionen seitens der Politik beleuchtet sowie erste Maßnahmen aufgezeigt, die sowohl vom Statistischen Bundesamt als auch von Eurostat zur Prüfung und Entwicklung von Strategien zur Umsetzung der Empfehlungen der Kommission in Angriff genommen wurden. Dieser Prozess befindet sich gegenwärtig sicherlich noch in seinem Anfangsstadium. Die Chancen auf eine auch nur annähernde Umsetzung der Empfehlungen sind angesichts der gegebenen äußerst schwierigen ökonomischen und finanziellen Rahmenbedingungen derzeit nur sehr schwer einzuschätzen. Dennoch kann man jetzt schon sicher voraussagen, dass der Bericht der Stiglitz-Kommission für eine längere Zeit auf der statistikpolitischen Agenda nicht nur in Frankreich und Deutschland, sondern auch in Europa bleiben wird.

Jenseits des BIP – ein Vorschlag für einen nationalen Wohlfahrtsindex

Prof. Dr. Hans Diefenbacher (Forschungsstätte der evangelischen Studiengemeinschaft (FEST))/ Roland Zieschank (Freie Universität Berlin)

Die Diskussion um gesellschaftliche Wohlfahrt hat sich international und national neu intensiviert. Es gibt Indizien, dass die Kosten von Umweltveränderungen und zur Aufrechterhaltung des sozialen Zusammenhaltes letztlich nicht angemessen über ökonomische Kenngrößen wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erkennbar werden.

Die Übernahme dieses traditionsreichen und zentralen Indikators zur wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes auch in die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesrepublik Deutschland lässt die Schwächen des Sozialproduktkonzeptes in einem normativen und inhaltlich übergreifenderen Rahmen deutlicher werden. Die erkennbaren Defizite hierzu sind jüngst in einem von Umweltbundesamt und BMU geförderten Forschungsvorhaben neu rekapituliert und bilanziert worden.

Die Auswertung empirischer Ansätze aus verschiedenen Ländern ergibt, dass auf der Grundlage des „Index for Sustainable Economic Welfare“ (ISEW) sowie des „Genuine Progress Indicators“ (GPI) aus den Vereinigten Staaten ein erstes Variablenset zur *Ergänzung* des BIP/BNE erstellt werden kann.

Es umfasst 21 Teilvariablen, die zum einen nicht über den Markt erzielte Wohlfahrtssteigerungen einbeziehen, zum anderen einige soziale Kosten und ökologische Schäden abziehen. Korrekturfaktoren zur Einkommensentwicklung und zur Kapitalausstattung sowie Kapitalbilanz runden das Bild einer realitätsnäheren Darstellung der Wohlfahrtsentwicklung ab.

Über ein Aggregationsverfahren wurde ein Nationaler Wohlfahrtsindex für Deutschland (NWI) in seinen Grundzügen berechnet.

Die wissenschaftliche Bewertung und Interpretation bedarf noch methodischer Verbesserungen und vor allem einer erweiterten Datengrundlage, die in Zukunft in regelmäßigen Zeitintervallen zur Verfügung stehen sollte.

Indessen zeigt sich bereits bei der vorliegenden Berechnung ein signifikanter Unterschied der Entwicklungen: Seit dem Jahr 2000 fällt der NWI tendenziell gegenüber dem Bruttonationaleinkommen. Resultierend aus dieser Diskrepanz wäre eine tiefer reichende Diskussion sinnvoll, ob man in Deutschland dem Ziel einer ökonomisch bilanzierten nachhaltigen Entwicklung wirklich näher gekommen ist oder ob die wirtschaftlichen Ergebnisse aufgrund des BNE zumindest neu interpretiert werden sollten.

Die auf OECD- und EU-Ebene sowie vor allem in Frankreich intensiv geführte Debatte um das Verhältnis zwischen wirtschaftlichem Wachstum und realen gesellschaftlichen Wohlfahrtsgewinnen erhält anhand dieser konzeptionellen Überlegungen und empirischen Ergebnisse auch in Deutschland steigende Bedeutung. Gegenüber den Erkenntnissen der französischen ‚Kommission zur Messung der wirtschaftlichen Leistung und des sozialen Fortschritts‘ liegen hier erstmals auch berechnete Indikatoren kontrastierend zum BNE vor.

Nationale Produktionsmodelle und/oder soziale Produktionssysteme - für einen ‚topographischen‘ Zugang zum gesellschaftlichen Umbruch

PD Dr. Jürgen Kädtler (SOFI, Göttingen)

Die Grundthese des hier zugrunde gelegten Ansatzes von Sozialberichterstattung, (nicht nur) das deutsche Produktions- und Sozialmodell befinde sich im Umbruch hat das fordistische Entwicklungsmodell als historische Referenzfolie. In dessen Rahmen spielten Strategien und Strukturen von Wirtschaftsakteuren und die Handlungsoptionen und Handlungsorientierungen in der gesellschaftlichen Lebenswelt so zusammen, dass sie einen stabilen Zusammenhang aus wirtschaftlichem Wachstum und generalisierter gesellschaftlicher Bedürfnisbefriedigung ermöglichten, der plausibel mit der Formel von einem Teilhabekapitalismus gefasst werden kann. Die Verknüpfung von arbeitsintensiver industrieller Massenproduktion und Massenkonsum industriell produzierter Konsumgüter kann als Faustformel für das Prinzip dieses Zusammenspiels begriffen werden, das den gemeinsamen Nenner durchaus unterschiedlicher Gesellschaften bildete. Es lässt sich zeigen, dass zentrale funktionale und normative Voraussetzungen dieses Zusammenspiels dauerhaft erodiert sind.

Umbruch wird vor diesem Hintergrund nicht (nur) als Niedergang oder Verfall begriffen, auch wenn er sich unter einer ganzen Reihe lebenspraktischer und biographischer Perspektiven so darstellt. Er muss vielmehr (zumindest auch) als kollektive Suchbewegung nach wie immer vorläufigen Lösungen für die Probleme gesellschaftlicher Teilhabe und sozialen Zusammenhalts begriffen werden. Dabei ist Sozialberichterstattung als teilnehmende Beobachtung aktiver Part dieses Suchprozesses.

In der sozialwissenschaftlichen Debatte über gesamtwirtschaftliche bzw. gesamtgesellschaftliche Entwicklungslinien im bzw. aus dem Umbruch des Fordismus sind derzeit drei Diagonelllinien prominent, die ihren Fokus allesamt im Zusammenspiel von Unternehmenshandeln und institutioneller Rahmung haben:

- die unter „Varieties of Capitalism“ vertretenen Thesen, nach denen Impulse, die zur Erosion des Fordismus geführt haben, die seiner Hochzeit in den Hintergrund getretenen Unterschiede zwischen unterschiedlichen Kapitalismen neu akzentuieren und pfadabhängig unterschiedliche Entwicklungen begründen;
- die vor allem von Kathleen Thelen betriebene Identifizierung und Systematisierung von Konstellationen, in denen inkrementeller Wandel mehr oder weniger tief gehende Modifikationen oder Abbrüche von Entwicklungspfaden auslösen kann;
- die prominent von Wolfgang Streeck vertretene und gerade am deutschen Beispiel exemplifizierte Liberalisierungsthese, nach der die kapitalistische Entwicklungsdynamik

von dem permanenten (und aktuell ausgesprochen erfolgreichen) Bestreben der Unternehmen bestimmt wird, sich jeglicher sozialen Eingrenzung ihrer Handlungsmöglichkeiten zu entziehen, mit der Konsequenz, dass Gegenteilstendenzen nicht aus ökonomischen Orientierungen von Unternehmen resultieren können.

Es wird hier die Position vertreten, dass die Unternehmensebene in der Tat zentral ist, wenn es um die Bestimmung möglicher Entwicklungsdynamiken und Entwicklungsrichtungen kapitalistischer Erwerbsgesellschaften geht. Diese lassen sich aber weder aus Pfadabhängigkeiten, noch aus der von Streeck im Anschluss an Polanyi ins Zentrum gestellten Liberalisierungsdynamiken ableiten. Unternehmen sind prinzipiell Ort der Strategiewahl, in die jene Tendenzen zwar eingehen, ohne sie aber zu determinieren. Für diesen Zusammenhang wird das Konzept sozialer Produktionssysteme ins Spiel gebracht.

Gesellschaftlicher Umbruch als Erosion und Innovation – Projektionen und Modelle

*Dr. Thomas Drosdowski, Dr. Marc-Ingo Wolter (Gesellschaft für Wirtschaftliche Struktur-
forschung, Osnabrück)*

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands besteht in einem dynamischen Wandel von Produktions-, Absatz-, Beschäftigungs-, Konsum- und Entlohnungsstrukturen. Dieser Strukturwandel, der sich im historischen Datenmaterial deutlich zeigt, vollzog sich über Jahrzehnte ausgehend von einer agrarisch geprägten hin zu einer industriell dominierten und später durch überwiegende Dienstleistungsanteile an Produktion und Beschäftigung gekennzeichneten zunehmend globalisierten Ökonomie. Auch intrasektoral – bezogen auf die drei Sektoren - fanden umfangreiche Veränderungen im Hinblick auf Branchenzusammensetzung, Betriebsgrößen oder Produktionstechniken statt. Beispielsweise schrumpfte die relative Bedeutung der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes zu Gunsten der (exportorientierten) Automobilindustrie. Für die Zukunft stellt sich die Frage, ob die Tertiarisierung fortschreitet, was mit weiterhin erheblichen Umwälzungen für die Güter- und Arbeitsmärkte (auch Qualifikationsanforderungen), private Haushalte und Unternehmen sowie staatliche Aktivitäten verbunden sein würde. Der Beitrag soll untersuchen, inwiefern der Strukturwandel und damit verbundener Wachstumsprozess mit ressourceneffizienter Produktions- und Konsumweise einher geht und gehen kann. Ausgehend von einer Analyse bestehender Daten werden mit Hilfe von modellgestützten Simulationen auch künftig erwartbare Veränderungsmuster analysiert. Der verwendete Wachstumsbegriff bezieht sich zum einen auf die herkömmliche Definition (Veränderungen des Bruttoinlandsproduktes). Zum anderen kann er sich auch auf Einkommen, Konsum insgesamt oder pro Haushalt beziehen. Die Einbeziehung weitergehender Wohlfahrtsindikatoren ist denkbar.

Ziele

Ziel des Vorhabens ist es, die Folgen gestiegener und evtl. weiter steigender Ressourcenpreise für das Wachstum zu beleuchten. Ferner werden auch weitere Einflussfaktoren wie z.B. der demographische Wandel berücksichtigt. Auf Basis dieser Kenntnisse werden Schlussfolgerungen für die zukünftigen Wachstumsaussichten gezogen. Die analysierten Einflussfaktoren des Wachstums und die Ergebnisse werden mit denen in der Literatur diskutierten verglichen. Im internationalen Vergleich soll der Frage nachgegangen werden, ob Deutschland relativ besser/schlechter auf Preissteigerungen von Ressourcen vorbereitet ist.

Vorgehen

Mittels der Analyse historischen Zahlenmaterials werden die Folgen gestiegener Ressourcenpreise untersucht. Dazu sind möglichst detaillierte Informationen über Branchen und deren Kostenstrukturen notwendig, da der Einsatz von z.B. Energie zwischen den Branchen erheblich variiert. Daneben werden auch Lohn- und Beschäftigungsentwicklungen mit betrachtet.

Ferner sollen die Ergebnisse für Deutschland mit anderen Ländern verglichen werden. Für viele Länder der OECD liegen ähnliche Datensätze vor, so dass ein internationaler Vergleich möglich ist. Zusätzlich zu den Aufwendungen für Ressourcen oder Halbfertigprodukte lässt sich auch der Arbeitseinsatz nach Branchen und Ländern vergleichen.

Neben der historischen Betrachtung werden auch Projektionen bis zum Jahr 2030, evtl. auch 2050, analysiert. Für die eigene Projektion wird das Modell INFORGE bzw. PANTA RHEI mit seiner Erweiterung DEMOS eingesetzt. Es werden jedoch auch die Ergebnisse anderer Projektionen in die Betrachtung einbezogen. Ziel ist es, eine Vorstellung über die zukünftige Entwicklung des Ressourcenverbrauchs und seiner Folgen zu bekommen.

Die Modellrechnung dient als Projektionsfläche kritischer Fragen: Kann die dargestellte Entwicklung z.B. wegen der Endlichkeit von Ressourcen überhaupt stattfinden? Lässt der demographische Wandel sie langfristig überhaupt zu? Im Rahmen von Sensitivitätsanalysen werden die Einflüsse der Vorgaben geprüft, z.B. werden die Ergebnisse des Modells mit den Ergebnissen alternativer Bevölkerungsvorausberechnungen konfrontiert.

Auf der Basis dieser Information werden mögliche Maßnahmen diskutiert und in Form von Szenariorechnungen ihre Folgen abgeschätzt.

Ergebnisse

Zunächst werden die Ergebnisse der Modellrechnungen und der historischen Analyse zusammenhängend dargestellt. Ferner werden insbesondere die Auswirkungen der unterstellten Maßnahmen auf die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und die Beschäftigungssituation in den einzelnen Branchen und insgesamt im Zentrum des Interesses stehen. Nicht auszuschließen sind hierbei erhebliche soziale und wirtschaftliche Anpassungskosten. Abgesehen von den projizierten volkswirtschaftlichen Haupt- und Teilaggregaten sowie interessierenden sektoralen Anteilsgrößen werden sozioökonomische Indikatorgrößen zur Ergebnisdarstellung herangezogen. So werden die Auswirkungen des Strukturwandels auf die qualifikatorische Zusammensetzung der Arbeitsnachfrage explizit betrachtet und mit der Situation auf der Angebotsseite verglichen. Darüber hinaus werden die Einkommenssituation und die Strukturverschiebungen der Konsumausgaben der privaten Haushalte sicht-

bar. Unter Berücksichtigung der aktuellen Debatten über die Erweiterung bestehender Messgrößen wird schließlich versucht, diesem Ziel zu entsprechen.

Die aufbereiteten historischen Daten und die wesentlichen Projektionsergebnisse können im Sinne einer beschränkt zugänglichen Datenbank (z.B. WissGrid) dem Verbund verfügbar gemacht werden. Davor sind allerdings Fragen des Urheberrechts hinsichtlich der historischen Daten zu prüfen.

Datenmaterial

Es werden vorrangig Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes benutzt, ergänzt durch Sonderauswertungen des Mikrozensus. Ferner werden die Strukturstatistiken u.a. für das Verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungsbereich herangezogen.

Neben gesamtwirtschaftlichen Daten werden auch solche auf der Branchenebene genutzt. Bis hin zur Ebene der 3-Steller nach der Gliederung der Wirtschaftszweige (WZ) 2003 und auch teilweise der neuen WZ 2008 lassen sich Aussagen über die Entwicklung der Branchen (Beschäftigung, Materialaufwendungen, u.a. Energieaufwendungen, Personalaufwendungen etc.) wie auch Größenklassen der Unternehmen treffen. Ferner liegen mit den Input-Output-Tabellen der Jahre 1995 bis 2006 auch detaillierte Kostenstrukturen für 71 Branchen vor. Insbesondere die Ausgaben für Ressourcen und daraus hergestellte Halbfertigprodukte lassen sich damit analysieren (z.B. Ausgaben des Fahrzeugbaus für Metallwaren). Des Weiteren liegen auch für viele OECD-Länder Input-Output-Tabellen vor, so dass Kostenstrukturen und Arbeitseinsätze nicht nur zwischen Branchen sondern auch Ländern verglichen werden können.

Kontinuität oder Bruch? Gesellschaftliche Entwicklungen angesichts der ökonomisch-ökologischen Doppelkrise

Prof. Dr. Klaus Dörre (Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Von Krisen sind wir eigentlich gewohnt, dass sie kommen und gehen. Die – nur scheinbar überwundene – globale Finanz- und Wirtschaftskrise macht indessen Anstalten, lange zu bleiben: „Eine solche globale Krise, wie wir sie heute erleben, hätte noch vor 60 Jahren das Potential gehabt, einen weiteren Weltkrieg zu entfesseln... Diese postmoderne Krise wird... kaum alles zerstören, wie dies nach 1929 der Fall war. Aber alles spricht dafür, dass sie lange anhalten wird... Es drohen keine klassischen Kriege mehr, sondern die Gefahren, die sich im Wesentlichen aus Desintegration, einem Machtvakuum und daraus folgenden Implosionen ergeben“, schreibt Joschka Fischer in der SZ. Vieles spricht dafür, dass Fischer mit seiner Einschätzung Recht behalten wird. Doch was genau ist gemeint, wenn von Krise die Rede ist? Ich plädiere dafür, von einer ökonomisch-ökologischen Doppelkrise zu sprechen. Für die entwickelten Gesellschaften des globalen Nordens scheint es grundsätzlich nur zwei mögliche Auswege aus der Krise zu geben: Entweder es gelingt, ökonomisches Wachstum nachhaltig zu machen, oder es wird nötig, Nicht-Wachstumsgesellschaften wirtschaftlich, sozial, kulturell und politisch zu stabilisieren. Zwischen beiden Polen finden sich wahrscheinlich die Wege, die – möglicherweise – aus der Krise herausführen.

Trifft diese Einschätzung zu, so ist sie für eine an der „langen Frist“ interessierte sozioökonomische Berichterstattung folgenreich. Bislang konnte die Abkehr vom Teilhabekapitalismus eindrucksvoll belegt werden. Der Nachweis einer neuen sozialen Realität jenseits des fordistischen Kapitalismus gestaltete sich indessen ungleich schwerer. Die ökonomisch-ökologische Doppelkrise ist nun gewissermaßen der Lackmustest für neue Entwicklungen. Welche sozioökonomischen Trends bleiben stabil? In welchen Bereichen zeichnen sich unter dem Druck der Krise Veränderungen ab? War der Finanzmarktkapitalismus nur eine Episode? Kommt es gar zu einem erneuten gesellschaftlichen „Modellwechsel“? Solche Fragen könnten zum Gegenstand einer anspruchsvollen sozioökonomischen Berichterstattung werden. Als Themenfelder bieten sich z. B. an: (1) Die Krise der Wachstumsgesellschaft, Defensivkosten und der Übergang zu neuen Indikatoren sozioökonomischer Leistungsfähigkeit (Kalkulationsweise); (2) der Umbau des Produktionsmodells, gemessen an Kriterien ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit; (3) die – reale oder vermeintliche - „Rückkehr des Staates“ und der gestaltenden Wirtschaftspolitik; (4) die Konfliktrichtigkeit des Umbruchs zwischen normierten Teilhabe- und nicht-normierten Anerkennungskonflikten im Kontext demokratischer Normen; (5) der Wandel von Konsumformen und Lebensweise. Ziel einer solchen Berichterstattung müsste es sein, die Spannungen zwischen ökonomischen, ökolo-

gischen und sozialen Zielsetzungen/Entwicklungen zu beleuchten und zugleich auf Chancen oder Blockierungen demokratischer Partizipation aufmerksam zu machen.

Dabei steht eine solche Berichterstattung methodisch nicht nur vor dem Problem, adäquate Daten zu erschließen, sie muss auch und gerade als eine Berichterstattung über inter- und transnationale Phänomene betrieben werden.

Stand und Perspektiven des Forschungsdatenzentrums des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB-FDZ) sowie des BIBB-Betriebspanels zu Qualifizierung und Kompetenzentwicklung

Dr. Holger Alda (BIBB-FDZ)

Auf der Werkstattreihe der Sozioökonomischen Berichterstattung III am 16. und 17. September 2010 möchte ich über zwei zentrale Entwicklungen der Organisationseinheit BIBB-FDZ berichten. Zum einen geht es um den strukturellen Aufbau, das Datenangebot und die zukünftige Ausrichtung des BIBB-FDZ, zum anderen um die wesentlichen Ankerpunkte des neu aufzubauenden BIBB-Betriebspanels zu Qualifizierung und Kompetenzentwicklung (kurz: BIBB-Qualifizierungspanel), das im Frühjahr 2011 seine erste Feldphase haben wird.

I. BIBB-FDZ: Mit dem Kalenderjahr 2010 endet die Anschubfinanzierung des BMBF für das BIBB-FDZ. Das BIBB wird sein FDZ auf dem derzeitigen Niveau (d.h. mit der derzeitigen Stelenausstattung) dauerhaft weiter betreiben. Im ersten Teil der Präsentation geht es um

- 1.) die bisherige Aufbauarbeit des BIBB-FDZ. Die Struktur des Datenangebots des BIBB-FDZ wird ebenso beschrieben wie Datensätze, die derzeit über das BIBB-FDZ der Wissenschaft zur Verfügung stehen. Da mit dem Ende der Projektlaufzeit Berichtspflichten entstehen, werden außerdem qualitative und quantitative Informationen zum bisherigen Nutzungsverhalten der externen Wissenschaft und den entsprechenden Forschungsthemen gegeben.
- 2.) die in näherer Zukunft zu erwartenden Arbeiten des FDZ. Neben der Beschreibung der in der nächsten Projektphase neu zu erschließenden Datenbestände des BIBB wird insbesondere auf die Serviceaktivitäten des BIBB-FDZ eingegangen. Diese werden in zwei thematischen Feldern stattfinden, nämlich *erstens* dem Aufbau eines inhaltlich orientierten Metadaten-Informationssystems. Hier geht es hauptsächlich um die Verschlagwortung von Datensätzen und der auf dieser Basis entstandenen Publikationen. Dazu gehört auch der Aufbau eines variablenorientierten Metadaten-Informationssystems, d.h. die aus der Verschlagwortung hervorgehenden Informationen werden auf einzelne Fragebogentexte (die entsprechenden Variablen im Datensatz) angewendet. *Zweitens* werden die internationalen Bezüge der Datenbestände des BIBB-FDZ gestärkt. Neben der Erstellung englischsprachiger Datendokumentationen geht es um die Erarbeitung von Variablenkonstrukten, mit denen – etwa - die teilweise typisch deutschen Messungen von Qualifikationen (insbesondere von Ausbildungsberufen) in international vergleichbare Klassifikationen überführt

werden. Dabei sollen auch eventuelle Problemstellungen bei konkurrierenden Einteilungen berücksichtigt werden.

II. BIBB-Qualifizierungspanel. Die Betriebsbefragung ist explizit auf Längsschnittanalysen des betrieblichen Qualifizierungsverhaltens ausgelegt. Die Einheiten werden dafür einmal jährlich im Frühjahr befragt, die erste Erhebungswelle wird im Jahr 2011 realisiert. Der grundsätzliche Aufbau und die Stichprobenziehung des BIBB-Qualifizierungspanels orientieren sich am IAB-Betriebspanel, was beispielsweise bedeutet, dass nach Möglichkeit die bereits im Vorjahr konsultierten Einheiten befragt werden. Die Rücklaufquoten der wiederholt befragten Einheiten sollten dabei möglichst deutlich über 50 Prozent liegen.

Der Kern der Untersuchung ist das Aus- und Weiterbildungsverhalten deutscher Betriebe. Das Erkenntnisinteresse der Befragung besteht unter anderem in

- (i) einem Überblick und jährlichem Bericht über die Qualifikationsentwicklung in deutschen Betrieben und
- (ii) Bestimmungsgründen für Veränderungen der Qualifikationsanforderungen auf der betrieblichen Ebene und im Aggregat.

Unter (i) subsumieren sich insbesondere mehr oder minder aktuelle wirtschafts- und sozialpolitische Fragestellungen, etwa die von den Betrieben formulierten Zugangsvoraussetzungen für Aus- und Weiterbildung für einzelne Bewerber (Beschäftigte im Fall der Weiterbildung) oder Aussagen darüber, inwiefern die demografische Entwicklung und/ oder ein möglicher antizipierter oder postulierter Fachkräftemangel das betriebliche Qualifizierungsverhalten (der Gegenwart) beeinflusst.

Der Punkt (ii) hebt stärker auf wissenschaftliche (insbesondere soziologische und ökonomische) Verwertungs- und Erkenntnisinteressen ab. Grob gesagt, geht es darum, eine Mikrofundierung für die Zusammenhänge zwischen dem technischen und organisatorischen Wandel mit der betrieblich-qualifikatorischen Arbeitskräftenachfrage aufzubauen. Demzufolge werden neben möglichst guten Messungen der betrieblichen Qualifikationsstruktur sowie des Aus- und Weiterbildungsverhaltens Informationen zur betrieblichen Arbeitsorganisation, dem Investitionsverhalten und ähnlichen Dingen gesammelt. Da Betriebe neben internen Anpassungen der benötigten Qualifikationen auch über numerische Flexibilität, einen Arbeitskräfte-Turnover und/oder Make-or-Buy-Entscheidungen ihr Qualifikationsgefüge ändern, werden auch Personalrekrutierungsstrategien, B2B-Beziehungen, Exportaktivitäten sowie die (Nicht-)Existenz betriebsinterner Arbeitsmärkte zu Bestandteilen des Frageprogramms.

In der Präsentation wird all dies vertiefend inhaltlich dargestellt und ausgeführt, wie das BIBB-Qualifizierungspanel inhaltlich und organisatorisch gehandhabt wird. Neben den Erkenntnisinteressen des BIBB sollen auch explizit Bedarfe der externen Wissenschaft Berücksichtigung finden, wobei letztere einen Datenzugang über das BIBB-FDZ bekommen.

Voraussetzungen und Potentiale der sekundäranalytischen Nutzung von Betriebs- und Organisationsdaten

Prof. Dr. Stefan Liebig (Universität Bielefeld)

In den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften setzt sich mehr und mehr die Erkenntnis durch, dass die Strukturen und Prozesse in Betrieben und Organisationen sowohl für die individuellen Lebensvollzüge und Lebensverläufe als auch für makroökonomische und gesamtgesellschaftliche Wandlungsprozesse wichtiger werden. Insbesondere die Rolle von Betrieben und Organisationen bei der (Re-)Produktion sozialer Ungleichheiten tritt dabei zunehmend in den Blick ökonomischer und soziologischer Forschung. Eine zentrale Erkenntnis besteht darin, dass betriebliche Strukturen, personalpolitische Strategien sowie die ökonomische Situation von Betrieben und Unternehmen für die Erklärung von Einkommensunterschieden, individuellen Karrierechancen und Karriereverläufen eine zunehmende Bedeutung erhalten. Darüber hinaus sind die Vielfalt betrieblicher Zeitregimes, Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung oder auch betriebliche Regelungen zur Präsenz am Arbeitsplatz (z.B. Heimarbeitsplätze) Beispiele dafür, dass es nicht nur für den Erwerbsverlauf, sondern auch für die individuelle Lebensführung und die sozialen Beziehungen des Einzelnen insgesamt entscheidend ist, in welchem Betrieb man zu welchem Zeitpunkt des Lebensverlaufs beschäftigt ist. Die einzelbetriebliche Ebene erhält in diesem Prozess der „Subjektivierung der Arbeit“ nicht nur eine ungleichheitssoziologische oder arbeitsökonomische Relevanz, sondern ist für eine ganze Reihe anderer wissenschaftlicher und gesellschaftspolitischer Fragestellungen entscheidend. Dies gilt für Fragen des Zusammenhangs von Erwerbstätigkeit und Familiengründung bzw. Fertilität ebenso wie für die Gesundheit, Identität oder die Qualität und Stabilität von engen Beziehungen in Partnerschaft, Familie und darüber hinaus. Neben Arbeitsorganisationen sind es aber auch Organisationen des Bildungs- und Gesundheitswesens die offenbar einen eigenständigen Beitrag bei der Allokation und Distribution individueller Lebenschancen in einer Gesellschaft leisten – wenn etwa der individuelle Bildungserfolg auch von den Ausstattungs- bzw. Organisationsmerkmalen der jeweiligen Bildungseinrichtung abhängig ist.

Will man diese Bedeutungszunahme der gesellschaftlichen „Mesoebene“ im Rahmen des gesellschaftlichen Wandels auch empirisch untersuchen, so ist man auf Daten angewiesen, die eine adäquate Beschreibung der Strukturen und Prozesse in Betrieben und Organisationen aus unterschiedlichen fachlichen Perspektiven gewährleisten. Das Problem besteht aber darin, dass zwar in einer Vielzahl von qualitativen und quantitativen Studien Informationen über Betriebe und Unternehmen, Behörden, Einrichtungen des Bildungswesens (Kindergärten, Schulen, Universitäten) sowie des Gesundheitswesens (Krankenhäuser) erho-

ben wurden, diese Daten für die sekundäranalytische Nutzung jedoch nur eingeschränkt verfügbar und die entsprechenden Informationen im Vergleich zu Surveydaten auch viel weniger standardisiert und damit vergleichbar sind. Während die im Rahmen der amtlichen Statistik erhobenen Betriebs- und Organisationsdaten in den Forschungsdatenzentren verfügbar sind, gilt dies für vergleichbare Daten nicht-amtlicher Datenproduzenten – insbesondere drittmittelfinanzierter Einzelprojekte – nicht.

Bei vielen Primärforschern besteht zwar die Einsicht in die Notwendigkeit einer nachhaltigen Bereitstellung ihrer Daten, sie scheitert jedoch oftmals an dem damit verbundenen Arbeitsaufwand der Dokumentation und Datenaufbereitung. Zugleich ist die Gefahr einer Re-Identifizierung von Betrieben ein vielfach geäußerter Grund, die Primärdaten einer späteren Nutzung nicht zuzuführen. Dies gilt insbesondere für Betriebs- und Organisationsdaten, die mit Hilfe qualitativer Verfahren erhoben wurden. Vor dem Hintergrund beständig steigender Kosten für Primärerhebungen und der sinkenden Teilnahmequoten bei Betriebs- und Organisationsstudien wird jedoch der Rückgriff auf bestehende Datensätze in dem Maße wichtiger, wie die Ebene von Organisationen in den sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen mehr Beachtung findet.

Vor diesem Hintergrund wird im Rahmen einer Förderung des BMBF zur Verbesserung der Dateninfrastruktur in Deutschland ein Datenservicezentrum für Betriebs- und Organisationsdaten (DSZ-BO) an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld (Leitung: Stefan Liebig und Martin Diewald) aufgebaut. Das DSZ-BO hat es sich zum Ziel gesetzt, quantitative und qualitative Betriebs- und Organisationsdaten für die Wissenschaft zentral zu archivieren, aufzubereiten und für sekundäranalytische Zwecke zur Verfügung zu stellen. Die schließt sowohl reine Organisationsstudien als auch kombinierte Studien von Organisationen und ihren Mitgliedern (z.B. employer-employee-Studien) ein. Drei Kernaufgaben hat das neue Datenservicezentrum:

- (1) Information über den Bestand an Betriebs- und Organisationsdaten durch den Aufbau einer webbasierten Informationsplattform, in der Inhalte und methodische Merkmale der jeweiligen Studien genau beschrieben sind und den Nutzern umfassende Recherchemöglichkeiten eröffnen.
- (2) Bereitstellung von Betriebs- und Organisationsdaten, die im Rahmen von Einzelprojekten universitärer und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen generiert wurden, auf der Grundlage eines mit den Datenproduzenten ausgearbeiteten Nutzungskonzeptes. Zur Sicherung der Anonymität der Daten werden unterschiedliche Nutzungsmöglichkeiten angeboten, die von Public und Scientific Use Files oder Möglichkeiten der Datenfernverarbeitung bis hin zu einer Nutzung der Daten an besonders gesicherten Arbeitsplätzen im DSZ-BO reichen.
- (3) Ausarbeitung methodischer Grundlagen und Standards der Primärerhebung von Betriebs- und Organisationsdaten sowie Weiterbildungsangebote in den Methoden

Abstracts zu den Beiträgen

der Organisationsforschung. Langfristig soll die Erhöhung der Transparenz von Metadaten und die Erleichterung des Zugangs zu Primärdaten zur Etablierung methodischer Qualitätsstandards und einer breiteren sekundäranalytischen Nutzung qualitativer und quantitativer Organisationsdaten beitragen.

Das Serviceangebot für Datenproduzenten besteht in der Übernahme der Dokumentation, Archivierung und sekundäranalytischen Aufbereitung von qualitativen und quantitativen Daten. Damit entlastet das DSZ-BO insbesondere drittmittelgeförderte Projekte von den Aufgaben einer nachhaltigen Sicherung und Bereitstellung ihrer Daten, wie sie zunehmend von Förderinstitutionen eingefordert wird.

Mit seinem Fokus auf quantitative und qualitative Betriebs- und Organisationsdaten erweitert das DSZ-BO das Angebot der bestehenden Dateninfrastruktureinrichtungen in Deutschland und möchte zu einer verstärkten sekundäranalytischen Nutzung bestehender Daten in der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Organisationsforschung beitragen.

Der Vortrag gliedert sich in zwei Teile: Zunächst wird ein Überblick über die bisherigen Befunde zur Bedeutung von Betrieben und Organisationen für unterschiedliche gesellschaftlich relevante Bereiche gegeben und damit auch der Datenbedarf für eine, die Organisationsebene berücksichtigende sozioökonomische Berichterstattung deutlich gemacht. Im zweiten Schritt wird erläutert, welchen Beitrag das Datenservicezentrum Betriebs- und Organisationsdaten für eine nachhaltige Bereitstellung von Betriebs- und Organisationsdaten und deren sekundäranalytischer Nutzung leisten kann.

Kontakt

Alexia Meyermann, Christian Gerhards

Datenservicezentrum für Betriebs- und Organisationsdaten

Fakultät für Soziologie

Universität Bielefeld

Postfach 10 01 31

33501 Bielefeld

datenservicezentrum@uni-bielefeld.de

www.uni-bielefeld.de/soz/datenservicezentrum

Neue Entwicklungen beim Datenangebot des Forschungsdatenzentrums der Bundesagentur für Arbeit

Dr. Peter Jacobebbinghaus (Forschungsdatenzentrum der BA im IAB, Nürnberg)

Das FDZ der BA im IAB begann im Jahr 2004 mit der Bereitstellung von Mikrodaten für die wissenschaftliche Forschung. Inzwischen ist das FDZ der BA zum wichtigsten Anbieter Arbeitsmarkt-bezogener Mikrodaten avanciert. Zirka 10 Datensätze basieren auf dem Meldeverfahren zur Sozialversicherung, den Prozessdaten der BA und Befragungen, die entweder von anderen Forschungsbereichen des IABs oder auch vom FDZ selbst initiiert wurden. Die Entwicklung des FDZ der BA lässt sich an folgenden Meilensteinen nachzeichnen: Zunächst lag der Fokus darauf, Zugang zu den IAB/BA Mikrodaten für deutsche Wissenschaftler einzurichten. Anschließend erfolgte die Ausweitung des Nutzerkreises auf das Ausland. Derzeit steht die Erweiterung des Angebotes verknüpfter Mikrodaten im Mittelpunkt, zukünftig soll das Angebot internationaler, harmonisierter Daten einen neuen Schwerpunkt unserer Arbeit darstellen.

Schwerpunkt des Vortrags sind die aktuellen Entwicklungen im FDZ der BA. Dies umfasst Weiterentwicklung unseres Datenangebotes, die Verknüpfung der IAB/BA-Daten mit externen Datenbeständen, sowie eine angestrebte Verbesserung des Datenzugangs durch die Einrichtung neuer FDZ-Standorte.

Administrative Daten

Die wichtigste Neuerung bei unseren administrativen Personendaten IABS, IEBS und BA-Beschäftigtenpanel liegt in deren Zusammenführung zur „Stichprobe der Integrierten Arbeitsmarktbiographien“ (SIAB). Die SIAB vereint die Vorteile von IABS (langer Beobachtungszeitraum) und IEBS (möglichst vollständige Biographien). Die Benennung und Kodierung der Merkmale in der SIAB wird zukünftig auch für die Personenmerkmale der Linked Employer-Employee Daten (LIAB) übernommen, so dass unsere Nutzerinnen und Nutzer einfacher als bisher zwischen unseren Produkten wechseln können. Der Beobachtungszeitraum der SIAB reicht von 1975 bis 2008, ein Scientific Use File ist in Arbeit.

Unser Betriebs-Historik-Panel (BHP) ist eine 25%-Stichprobe aller deutschen Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Bisher enthielt es Bestandsgrößen der Beschäftigtenstruktur zum 30.6. des Jahres. Nun wird das BHP erweitert um einen Katalog an Fließgrößen, also Eintritte und Austritte von Beschäftigtengruppen zwischen den Stichtagen. Für die Analysen von Gründungen und Schließungen gab es bislang das Problem, dass Betriebsnummernwechsel auch andere Gründe haben können. Im neuen BHP wird es eine Klassifikation der Betriebsnummernwechsel geben, die auf Basis der Beschäftigtenflüsse den wahrscheinlichen Grund des Betriebsnummernwechsels angibt.

Abstracts zu den Beiträgen

Die Kodierung der auf Basis der Beschäftigtenstatistik generierten Betriebsmerkmale in SIAB und BHP wurde einheitlich kodiert. Wenn erforderlich können den Beschäftigendaten der SIAB zukünftig sämtliche Betriebsmerkmale aus dem BHP zugespielt werden.

Befragungsdaten

Die wichtigste Neuerung bei den Befragungsdaten liegt in der Bereitstellung des Scientific Use Files „Arbeiten und Lernen im Wandel“ (ALWA): Die Grundgesamtheit besteht aus allen in Deutschland lebenden Personen, die zwischen 1956 und 1988 geboren sind, und zwar unabhängig von deren Sprache, Nationalität und Erwerbsstatus. In 10.404 Interviews wurde neben den üblichen persönlichen Angaben erfasst: Wohnortgeschichte, Schulgeschichte, Berufsvorbereitung, Aus- und Weiterbildung, Wehr- und Zivildienst, Erwerbstätigkeiten, Arbeitslosigkeiten, Partnerschaften sowie Kinder und Erziehungszeiten.

Weitere Erweiterungen beim Angebot an Befragungsdaten betreffen das Panel „WeLL“ - Arbeitnehmerbefragung für das Projekt „Berufliche Weiterbildung als Bestandteil Lebenslangen Lernens“ und das Panel „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ (PASS). Derzeit bieten wir je 2 Wellen an, Welle 3 soll für beide Datensätze Ende 2010 hinzukommen.

Verknüpfung mit externen Datenquellen

Verschiedene Projekte des FDZ zielen auf die Erschließung weiterer Daten. Im Projekt „Kombinierte Firmendaten für Deutschland“ (KombiFiD) sollen Unternehmensdaten der Statistischen Länder, der Deutschen Bundesbank und des IAB im Längsschnitt über die Grenzen der Datenproduzenten hinweg verknüpft und der Forschung somit ein kombinierter Unternehmensdatensatz zur Verfügung gestellt werden. In einem weiteren Projekt werden an der LMU München gesammelte Patentdaten mit Beschäftigendaten der BA verknüpft, so dass Effekte von Patenten auf individuelle Erwerbshistorien oder die betriebliche Entwicklung untersucht werden kann.

Vereinfachter Datenzugang

Der Schwerpunkt der Weiterentwicklung unserer Datendokumentationen liegt auf der Umstellung auf eine Metadatenbank nach dem DDI 3-Standard. Eine besondere Herausforderung liegt dabei in der Entwicklung eines Konzeptes, welches den Besonderheiten der administrativen Daten Rechnung trägt und sich gleichsam für unsere Befragungsdaten eignet. Das FDZ bietet seinen Daten derzeit als Scientific Use Files, per Datenfernverarbeitung und zur Auswertung im Gastaufenthalt in Nürnberg an. Letzteres ist für die Nutzer mit hohen Reisekosten verbunden. Um diese zu senken, sollen unsere Daten zukünftig auch in den Räumen anderer FDZ zugänglich gemacht werden. In Deutschland soll es zunächst vier

Pilotstandorte in den Räumen des Forschungsdatenzentrums der Länder geben, in den USA ist ein Arbeitsplatz im Institute for Social Research in Ann Arbor, Michigan geplant.

Das Nationale Bildungspanel – Überblick und Schwerpunkte im Bereich beruflicher Bildung

Prof. Dr. Wolfgang Ludwig-Mayerhofer (Universität Siegen)

ludwig-mayerhofer@soziologie.uni-siegen.de

Das seit 2008 vom BMBF geförderte Nationale Bildungspanel (National Educational Panel Study, NEPS) soll Bildungsverläufe über die gesamte Lebensspanne von Individuen erforschen. Es bedient sich dazu eines sog. Multi-Kohorten-Sequenz-Designs, welches gleichzeitig in verschiedenen Bildungsphasen im Lebensverlauf ansetzt (sog. Bildungsetappen), um so in relativ kurzer Frist Erkenntnisse über spezifische Stationen in Bildungsverläufen und die Übergänge zwischen ihnen zu ermöglichen; in längerer Frist können aber auch Bildungs- und Lebensverläufe über lange Zeiträume erforscht werden. Ziel des NEPS ist die Erhebung und Bereitstellung von Daten, die als Scientific Use Files zur Analyse von Fragen der Bildung im Lebensverlauf herangezogen werden können. Das NEPS ist ein interdisziplinäres Projekt, an dem Wissenschaftler/innen aus der Psychologie, Pädagogik, Soziologie, Ökonomie sowie Statistik und Survey-Methodologie mitwirken.

Der Beitrag stellt zunächst kurz die Grundzüge des Designs, die verschiedenen Bildungsetappen und die ihnen zugrunde liegenden Stichproben vor. Bei letzteren handelt es sich um (1) Neugeborene, (2) Kindergartenkinder, (3) Schülerinnen und Schüler zu Beginn der Sekundarstufe I (in der 5. Klasse) und (4) kurz vor Ende der Sekundarstufe I (in der 9. Klasse), (5) Erstsemester an Hochschulen sowie (6) Erwachsene.

Ebenfalls kurz werden die sog. Säulen des NEPS angesprochen, Querschnittsthemen, die in allen Bildungsetappen verfolgt werden. Hierbei handelt es sich um die Themenbereiche Kompetenzmessung, Lernumwelten, soziale Ungleichheit und Bildungsentscheidungen, Migration sowie Bildungserträge.

Abschließend geht der Beitrag etwas genauer auf die „Etappe 6“, die berufliche Bildung (unterhalb der Hochschulebene), ein, stellt einige Besonderheiten vor und diskutiert die zu erwartenden Erträge für die Forschung.

* * *

Das Nationale Bildungspanel wird geleitet von Prof. Hans-Peter Blossfeld (Universität Bamberg); institutionell ist es am Institut für bildungswissenschaftliche Längsschnittforschung Bamberg (INBIL) verankert. Internet: www.uni-bamberg.de/neps/

Die Etappe 6 wird geleitet von Prof. Heike Solga und Prof. Kathrin Leuze (beide Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung ([WZB] sowie HU Berlin) und vom Referenten. Internet: www.wzb.eu/bal/neps/etappe6/etappe6.de.htm bzw.

www.fb1.uni-siegen.de/soziologie/forschung/drittmittelprojekte/neps.html?lang=de

Abstracts zu den Beiträgen

Das deutsche Familienpanel pairfam: Konzept, Design und Instrumente

Dr. Daniel Fuß (Technische Universität Chemnitz)

Das deutsche Familienpanel ist eine repräsentative, interdisziplinäre Längsschnittstudie zur Erforschung partnerschaftlicher und familialer Lebensformen in der Bundesrepublik Deutschland. Die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft als Langfristprojekt geförderte Untersuchung soll sich über einen Zeitraum von insgesamt 14 Jahren erstrecken, wobei Jugendliche und junge Erwachsene von Jahr zu Jahr umfassend zu ihrer Lebenssituation und Lebensplanung befragt werden. An der ersten Welle 2008/2009 nahmen bundesweit mehr als 12.000 Befragte der drei Geburtskohorten 1971-73, 1981-83 und 1991-93 sowie deren jeweilige Partner bzw. Partnerinnen teil. Mit den aktuell erhobenen Daten der zweiten Welle 2009/2010 entfaltet sich das vollständige Multi-Actor-Design des Projekts, das neben den Partnern auch die Befragung der (Stief-)Eltern und evtl. vorhandener Kinder der Ankerpersonen vorsieht. Die Untersuchung ist in ihrer Anlage einmalig und eröffnet vielfältige Möglichkeiten, Fragen bezüglich der Lebensgestaltung junger Menschen in Deutschland im Allgemeinen und der für sie relevanten Partnerschafts- und Familienentwicklungsprozesse im Besonderen auf der Grundlage einer breiten Datenbasis zu beantworten. In der Präsentation wird zum einen das Konzept und das Design des deutschen Familienpanels vorgestellt, wobei die im Projekt verwendeten Instrumente im Bereich der sozioökonomischen Lebenslageindikatoren einen besonderen Schwerpunkt bilden. Zum anderen wird kurz auf die Möglichkeiten des Zugangs zu den Daten und deren Nutzung für wissenschaftliche Analysen eingegangen.

Gesundheitsbezogene Mikrodaten und deren Zugangsmöglichkeiten im FDZ des Statistischen Bundesamtes

Patricia Lugert (Statistisches Bundesamt, Wiesbaden)

Das Forschungsdatenzentrum (FDZ) des Statistischen Bundesamtes bietet zusammen mit dem FDZ der Statistischen Landesämter ein breites Angebot von ausgewählten Mikrodaten an und ermöglicht den geregelten Zugang zu Daten der amtlichen Statistik für die Wissenschaft. Für die Nutzung der mittlerweile über 75 Statistiken aus unterschiedlichen Themenbereichen stehen folgende Datenzugangswege zur Verfügung:

- kontrollierte Datenfernverarbeitung
- Gastwissenschaftsarbetsplatz
- Scientific-Use-Files
- Public-Use-Files
- CAMPUS-Files

Diese Datennutzungsmöglichkeiten unterscheiden sich hinsichtlich ihres Anonymisierungsgrades und somit auch des Analysepotenzials sowie des Nutzerkreises. Im Beitrag werden die Ziele und Aufgaben des FDZ, die rechtlichen Grundlagen und die einzelnen Datenzugangswege näher erläutert.

Weiterhin wird ein Überblick über derzeit verfügbare gesundheitsbezogene Statistiken im FDZ gegeben. Insbesondere sollen hier die Daten der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) vorgestellt werden. Wenngleich das Datenmaterial bereits aus dem Berichtsjahr 2002 ist, weist es ein hohes Analysepotenzial auf. Diese Daten sind im Rahmen der Einführung des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs nach § 268 des SGB V erhoben worden und enthalten Informationen von 2,3 Millionen Versicherten der GKV zu ambulanten und stationären Behandlungsfällen, verordneten Arzneimitteln, Arbeitsunfähigkeit und Krankengeldbezug. Die demografischen Angaben wie Alter, Geschlecht und Rechtskreis (Ost/West) ermöglichen eine detaillierte Betrachtung sowie die Analyse unterschiedlicher Patientenstrukturen und dafür anfallender Gesundheitskosten. Ein wesentlicher Vorteil der Daten liegt zudem in der Möglichkeit, Informationen aus den verschiedenen Sektoren des Gesundheitssystems zusammenzuführen und somit ein Gesamtbild der ambulanten und stationären Gesundheitsversorgung von gesetzlich Krankenversicherten zu erhalten.

